

Eintrag

Soziale Innovations- und Digitalpolitik in der neuen Legislaturperiode [Live-Blog]

Schlagwörter

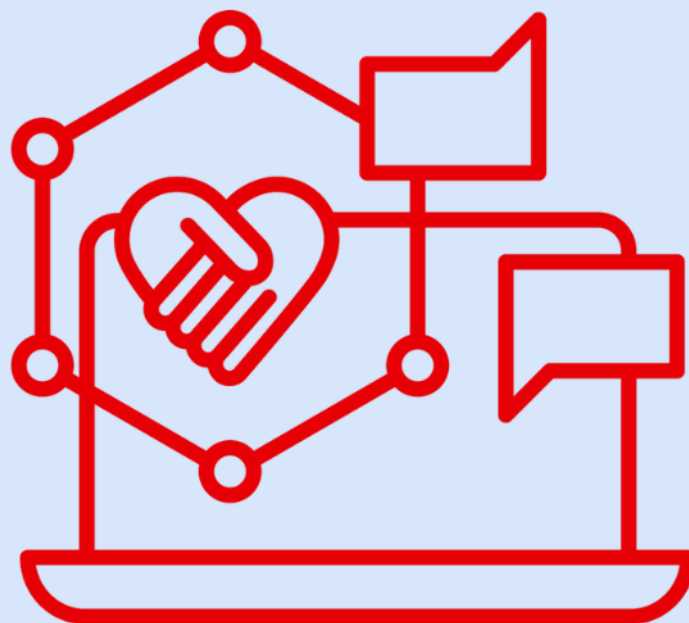
Digital Welfare Unit

Kategorien

Team: Nachhaltigkeit und Digitalisierung, Soziale Innovation, Wandel. Wohlfahrt. Digitalisierung - Kompetenzzentren im DRK, Wohlfahrt Digital

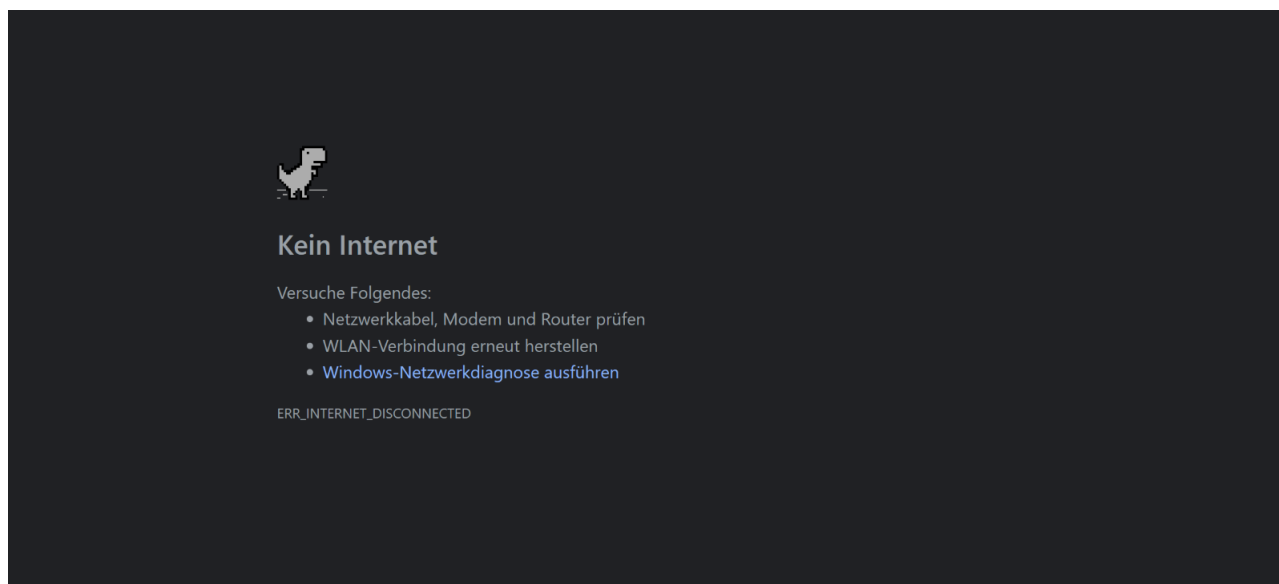
[Maximilian Kühn](#), 24.06.2022

Digitale Teilhabe ist eine Grundvoraussetzung für soziale Teilhabe. Was das DRK von der neuen Bundesregierung und den Abgeordneten digital politisch erwartet, lesen Sie in diesem Live-Blog zur 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages.



Die netzpolitischen Forderungen des DRK für die 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags.

24.06.2022: Lange Ladezeiten? - Wie auch Sie schnelleres Internet einfordern können!



Wir berichteten bereits über die Verordnung der Bundesnetzagentur zu Mindestgeschwindigkeiten (150 Mbit/s Down- und 1,7 Mbit/s Upload sowie 150 ms Latenz) im Internet. Jetzt hat diese auch der Bundesrat angenommen und sie ist im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und somit geltend.

Was ist zu tun, um eine höhere Geschwindigkeit einzufordern?

1. Beginn einer s.g. Messkampagne mit breitbandmessung.de
2. Innerhalb von 14 Tagen müssen an 3 Tagen je 10 Messungen durchgeführt werden

Messkriterien:

- Zwischen jedem Messtag muss mindestens ein Kalendertag liegen.
- Zwischen jeder Messung müssen mindestens 5 Minuten liegen.
- Zwischen Messung 5 und 6 müssen mindestens 3 Stunden liegen.

Wann haben Sie einen Anspruch?

Entweder wenn die „vertragliche zugesicherte maximale Geschwindigkeit“ an mindestens 2 von 3 Messtagen nicht 90 Prozent erreicht oder wenn die „normalerweise zur Verfügung stehende Geschwindigkeit“ in 90% der Messungen nicht erreicht wird oder wenn an mindestens 2 von 3 Tagen einmal die Mindestgeschwindigkeit unterschritten wird. Die Werte ihrer Geschwindigkeiten muss ihr Anbieter im Produktinformationsblatt ausweisen.

Was nun?

Durch Ihren Anspruch haben Sie laut Bundesnetzagentur nun 2 Möglichkeiten. Entweder Sie wenden sich erstmal an Ihren Anbieter und machen Ihren Anspruch geltend. Damit könnten Sie entweder auf Verbesserungen des Netzausbaus oder eine Kostenminderung setzen. Oder Sie können eine außerordentliche Kündigung einreichen und an Anbieter wechseln.

Insgesamt können somit auch wir in der DRK-Wohlfahrt diesen Anspruch geltend machen und uns für eine minimale bzw. für die vertraglich zugesicherte Internetgeschwindigkeit einsetzen. Hierzu hat die Verbraucherzentrale NRW direkt das passende Tool zum Aufsetzen eines passenden Anschreibens an den Anbieter. ([Link](#))

Die vollständige Erklärung und weitere Informationen finden Sie bei der Bundesnetzagentur.

16.05.2022: Gesetzlicher Anspruch auf Internet, bald mit Untergrenze

Ein neuer Schritt in Richtung digitale Teilhabe ist gerade in einer [Verordnung](#) festgehalten worden. Bereits mit dem neuem Telekommunikationsgesetz besteht der individuelle Anspruch auf eine Versorgung mit einem Mindestangebot an Telekommunikationsdiensten. Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr beschreibt es als „ein Sicherheitsnetz zur Sicherstellung einer angemessenen sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe, das all jene auffängt, die bislang noch nicht ausreichend mit Telekommunikationsdiensten versorgt werden.“

Doch wie die Mindestgeschwindigkeit hierfür aussehen soll, stand noch aus. Der Entwurf einer Verordnung der Bundesregierung wurde am 4. Mai veröffentlicht: 10 Mbit/s Download, 1,7 Mbit/s Upload und 150 ms Latenz. Mindestanforderungen, die sehr unterschiedlich bewertet werden. Gerade die Download- und Uploadgeschwindigkeit wird vielfach kritisiert (u.a. von der Verbraucherzentrale Bundesverband) und es werden höhere Mindestwerte verlangt, um dem aktuellen Bedarf an Bandbreitengeschwindigkeit gerecht zu werden.

Zum Vergleich: Ein aktuelles [Programm der U.S. Regierung](#) erlässt ärmeren Menschen die Internetkosten und legt fest, dass die Angebote der Telekommunikationsdienste mindestens 100 Mbit/s im Download haben, was aus der Regierungsperspektive ausreichend für den üblichen Verbrauch einer vierköpfigen Familie ist.

Die Hauptargumente gegen höhere Mindestwerte sind einerseits, dass die aktuelle Mindestbandbreite bei 80 Prozent der Bevölkerung noch etwas niedriger ist als die Werte in der Verordnung. Außerdem würden höhere Mindestwerte auch Ressourcen und Investitionen vom Glasfaserausbau abziehen, um diese zu realisieren und dies ist ebenfalls nicht gewünscht.

Alles in allem ist festzustellen, dass es jetzt erstmalig auch Mindestgeschwindigkeiten für das Internet geben wird – voraussichtlich zum 1. Juni 2022. Wer aber heute noch keinen Zugang zum Internet hat, kann aufgrund des Telekommunikationsgesetz sich an die Bundesnetzagentur wenden. Genauso wie bei erheblichen, kontinuierlichen Abweichungen zur bestellten Geschwindigkeit. Dazu nutzen Sie <https://breitbandmessung.de/>

04.05.2022: Online-Beglaubigungen beim Notar kommen

Das Bundesministerium für Justiz hat einen aktualisierten Referentenentwurf zu Änderungen im Gesellschaftsrecht veröffentlicht. Die Umsetzung der EU-Digitalisierungsrichtlinie nimmt nun Fahrt auf und es wird in den kommenden Wochen im Bundestag darüber abgestimmt. Was kommt für das DRK?

Es wird bald möglich sein eine Gesellschaft online zu gründen, denn die Beglaubigung von Dokumenten zum Eintrag in bspw. das Vereins- oder Handelsregister wird per Videokonferenz mit dem Notar möglich. Noch wichtiger für den Arbeitsalltag vieler Verbände ist es, dass einstimmige Gesellschafterbeschlüsse zur Änderung des Gesellschaftsvertrags in Zukunft ebenfalls digital vom Notar beglaubigt werden können. Wir können also z.B. einstimmige Beschlüsse zur Satzungsänderung per Videokonferenz beglaubigen lassen. – Hier sind Kosten- und Zeitersparnis sicherlich die größten Vorteile für uns. Die Ausgestaltung im Detail bleibt abzuwarten und wir werden nach Verabschiedung des Gesetzes ausführlicher berichten. ([Hier der Referentenentwurf](#))

31.03.2022: BMBF integriert Soziale Innovationen im Ministerium

Gestern meldete das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), dass zum 1. April 2022 Zarah Bruhn zur Beauftragten für Soziale Innovationen ernannt wird. Die Unterstützung von Innovatorinnen und Innovatoren steht somit im Mittelpunkt der Sozialunternehmerin. Sie ist

insbesondere als Gründerin und CEO von socialbee gGmbH bekannt. Socialbee unterstützt Unternehmen mit Integrations- und Einstellungsprojekten für Geflüchtete und Menschen mit Behinderungen. Jetzt gilt es, die Forschung im Bereich der Sozialen Innovationen zu fördern, denn das Wissen und die Ressourcen der Zivilgesellschaft sind enorm und können dem Gemeinwohl zugutekommen.

Damit geht Hand in Hand das neue Referat 115 "Strategische Vorausschau; Partizipation; Soziale Innovation" unter der Leitung von Nicole Burkhardt. Wir sind auf die kommenden Forschungsprojekte und Maßnahmen gespannt. Sowohl Forschung als auch die Zivilgesellschaft kann von neuen Erkenntnissen sehr viel lernen und diese zum Wohle der Gemeinschaft einsetzen.

Quellen: Bundesministerium für Bildung und Forschung [Pressemitteilung](#) und [Organigramm](#)

15.03.2021: Warnung des BSI zu Kaspersky

Über die aktuellen Ereignisse und Beschlüsse rund um die Ukraine werden Sie [in unserem Ukraine Live-Blog](#) ausführlich informiert. Jetzt kommt aber auch eine digitaler Warnhinweis des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hinzu. Das Bundesamt warnt ausdrücklich vor dem Einsatz von Produkten des Herstellers Kaspersky. Gerade für Antivirenprogramme braucht es umfassende Zugriffsrechte auf die Systeme der Nutzenden, welche das BSI folgendermaßen zusammenfasst:

"Antivirensoftware, einschließlich der damit verbundenen echtzeitfähigen Clouddienste, verfügt über weitreichende Systemberechtigungen und muss systembedingt (zumindest für Aktualisierungen) eine dauerhafte, verschlüsselte und nicht prüfbare Verbindung zu Servern des Herstellers unterhalten. Daher ist Vertrauen in die Zuverlässigkeit und den Eigenschutz eines Herstellers sowie seiner authentischen Handlungsfähigkeit entscheidend für den sicheren Einsatz solcher Systeme. Wenn Zweifel an der Zuverlässigkeit des Herstellers bestehen, birgt Virenschutzsoftware ein besonderes Risiko für eine zu schützende IT-Infrastruktur."

Es empfiehlt sich somit, die eigene IT-Sicherheit auf Kaspersky-Produkte zu überprüfen und abzuwägen, ob man entsprechend der Warnung des BSI auf eine andere Software setzen möchte.

Quelle: [Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik](#)

30.11.2021: Digitalpolitik im Koalitionsvertrag

„Wir wollen einen grundlegenden Wandel hin zu einem ermöglichenden, lernenden und digitalen Staat, der vorausschauend für die Bürgerinnen und Bürger arbeitet“ (Auszug aus dem [Koalitionsvertrag](#), S. 8).

Die Ampel kommt. Früher als erwartet haben die zukünftigen Regierungsparteien SPD, FDP und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN den mit Spannung erwarteten Koalitionsvertrag mit dem Titel „Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ und die dazugehörige Ressortverteilung vorgestellt. Es wird zwar kein eigenes Ministerium für Digitale Transformation geben (stattdessen wird das Verkehrsministerium unter der Führung des jetzigen FDP-Generalsekretärs Volker Wissing um das Thema „Digitales“ ergänzt), aber dennoch hat sich die Ampel im Bereich Digitalpolitik viel vorgenommen.

Positiv fällt bei der Lektüre der 177-seitigen Vereinbarung zunächst auf, dass Digitalisierung in allen Bereichen des Koalitionsvertrages verankert ist, nicht als Silo-Thema behandelt wird und die Bedeutung des Digitalen Transformationsprozesses endlich erkannt wird. Ausdrücklich wird erwähnt, dass die Regierung das Potenzial der Digitalisierung in Staat und Gesellschaft besser nutzen will. Es wird ein eigenes Digitalbudget und ein Digitalcheck für Gesetze angestrebt. Digitale

Kompetenzen und Innovationen sollen ausdrücklich gefördert werden. Neben der Digitalisierung der Verwaltung ist die flächendeckende Versorgung mit Glasfaser und dem neuesten Mobilfunkstandard eines der zentralen Vorhaben des neuen Bündnisses, was wir ausdrücklich begrüßen.

Hier ein erster Einblick in weitere (teilweise leider noch sehr unkonkrete) Digitalisierungsvorhaben der zukünftigen Regierung (Auszüge aus dem Koalitionsvertrag):

Demokratie:

- Es wird ein digitales Gesetzgebungsportal geschaffen, über das einsehbar ist, in welcher Phase sich Vorhaben befinden. Dort werden öffentliche Kommentierungsmöglichkeiten erprobt werden.

Digitaler Staat:

- Die Weiterentwicklung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) geht mit einer ausreichenden Folgefinanzierung einher, mit der eine klare Standardisierung und Vereinheitlichung von IT-Verfahren nach dem Einer-für-alle-Prinzip (EfA) unterstützt wird.
- Auf Basis einer Multi-Cloud Strategie und offener Schnittstellen sowie strenger Sicherheits- und Transparenzvorgaben wird eine Cloud der öffentlichen Verwaltung aufgebaut.
- Ein vertrauenswürdigen, allgemein anwendbares Identitätsmanagement sowie die verfassungsfeste Registermodernisierung haben Priorität.

Digitale Infrastruktur:

- Es werden Wege hin zu einer besseren digitalen Teilhabe für alle geprüft, z. B. durch Barrierefreiheit.
- Netzneutralität soll gesichert werden.

Digitale Bürgerrechte und IT-Sicherheit:

- Die digitale Souveränität wird gesichert, u. a. durch das Recht auf Interoperabilität und Portabilität sowie das Setzen auf offene Standards, Open Source und europäische Ökosysteme, etwa bei 5G oder KI.

Digitale Gesellschaft:

- Das digitale Ehrenamt soll sichtbarer gemacht, unterstützt und rechtlich gestärkt werden.
- Die Zivilgesellschaft soll besser in digitalpolitische Vorhaben eingefunden und unterstützt werden, insbesondere in den Bereichen Diversität und Civic Tech.
- Mit einem Gesetz gegen digitale Gewalt sollen rechtliche Hürden für Betroffene, wie Lücken bei Auskunftsrechten, abgebaut und umfassende Beratungsangebote aufgesetzt werden.
- Anonyme und pseudonyme Online-Nutzung wird gewahrt werden.
- Die Einrichtung einer Bundeszentrale für digitale Bildung wird geprüft.

Digitale Schlüsseltechnologien:

- Investitionen in Künstliche Intelligenz (KI), Quantentechnologien, Cybersicherheit, Distributed-Ledger-Technologie (DLT), Robotik und weitere Zukunftstechnologien werden messbar gestärkt.
- Biometrische Erkennung im öffentlichen Raum sowie automatisierte staatliche Scoring Systeme durch KI sind europarechtlich auszuschließen.

Nachhaltigkeit und Digitalisierung:

- Die Potentiale der Digitalisierung sollen für mehr Nachhaltigkeit genutzt werden. Durch die Förderung digitaler Zwillinge (z. B. die Arbeit an einem virtuellen Modell eines analogen Produktes) soll der Verbrauch an Ressourcen reduziert werden.

Innovation und Transfer:

- Das Ziel ist die Stärkung von anwendungsorientierter Forschung und Transfer zur Schaffung und Stärkung regionaler sowie überregionaler Innovationsökosysteme. Dazu wird die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI) gegründet, um soziale und technologische Innovationen insbesondere an den HAW und kleinen und mittleren Universitäten in Zusammenarbeit u. a. mit Startups, KMU sowie sozialen und öffentlichen Organisationen zu fördern.

Digitale Plattformen:

- Bei der Gestaltung von KI in der Arbeitswelt setzt die Koalition auf einen menschenzentrierten Ansatz, soziale und wirtschaftliche Innovation ebenso wie Gemeinwohlorientierung.

Frühkindliche Bildung:

- Den fachlich fundierten Einsatz von digitalen Medien mit angemessener technischer Ausstattung in der frühkindlichen Bildung wird gefördert und die Medienkompetenz soll gestärkt werden

Senioren:

- Seniorengerechte Ansätze sollen auf allen staatlichen Ebenen und im digitalen Raum gefördert werden. Dabei geht es u. a. um Partizipation, Engagement, soziale Sicherung, Alltagshilfen, Wohnen, Mobilität, Gesundheitsvorsorge, Bildungs- und Begegnungsangebote und die Überwindung von Einsamkeit.

Fazit:

Insgesamt begrüßen wir es, dass die zukünftige Bundesregierung Digitalisierung zu einem Schwerpunktthema macht und bewerten einige der Digitalisierungsprojekte wie den Ausbau der digitalen Infrastruktur als sehr positiv. Wir sind jedoch auf die konkreten Umsetzungsvorhaben gespannt und ob die neue Koalition wirklich eng mit der Zivilgesellschaft als Treiber für soziale Innovationen daran arbeiten wird, Digitalisierung gemeinwohlorientiert für den Menschen zu gestalten.

Deswegen werden wir in den nächsten Wochen hier auf unserem LiveBlog einige der konkreten Vorhaben im Bereich Innovation und Digitalisierung detaillierter vorstellen und die Umsetzung der Koalitionsversprechen begleiten.

14.10.2021: Die DRK-Forderungen im Überblick

In einer Umfrage im Auftrag des Verbandes der Internetwirtschaft erklärten 71,4 Prozent der Befragten, dass sie in keinem digitalpolitischen Bereich mit der Politik der ehemaligen Bundesregierung zufrieden sind. Besonders große Defizite werden in der Verwaltung, der Bildung und der digitalen Infrastruktur gesehen (vgl. [Quelle](#)).

Auch das DRK erwartet von der neuen Bundesregierung und dem Bundestag deutliche Fortschritte in der Digitalisierung, Netzpolitik und bei den sozialen Innovationen:

1. Eine soziale und gemeinwohlorientierte Digitalisierung, die keine gesellschaftlichen Gruppen ausschließt, sondern zu einem Mehr an Teilhabe insbesondere von DRK-Zielgruppen führt;
2. Die digitalen Angebote in ihrer Vielfalt, Barrierefreiheit und Transparenz ausbauen sowie einen freien Zugang zu Wissen im Internet;
3. Einen Digitalpakt Kinder-, Jugend- und Familienhilfe;
4. Die Anbindung des gesamten Pflegebereichs an die Telematikinfrastruktur;
5. Eine vorrangige Berücksichtigung gemeinnütziger Organisationen in Förderprogrammen zu Digitalisierung und Innovationen;
6. Den Ausbau digitaler Angebote im Rahmen sozialer Dienstleistungen und eine verstärkte Förderung der Digitalisierung in der Freien Wohlfahrtspflege;
7. Eine nachhaltig-ökologische Digitalisierung zur Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele.

Lesen Sie auch die [Erwartungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege](#) an die 20. Legislaturperiode.

In den kommenden Wochen werden wir die Koalitionsverhandlungen eng beobachten und hier im Liveblog fortlaufend kommentieren sowie auf die einzelnen Forderungen vertiefend eingehen.

Schlagwörter

Digital Welfare Unit

Kategorien

Team: Nachhaltigkeit und Digitalisierung, Soziale Innovation, Wandel. Wohlfahrt. Digitalisierung – Kompetenzzentren im DRK, Wohlfahrt Digital

Kommentare

Please enable JavaScript to view the comments powered by Disqus.

Title
